

Kurzinformationen

zusammengestellt von Theo Ebbers

Wahlen in Nordindien

Bei den Ende November zu Ende gegangenen Parlamentswahlen in den Bundesstaaten, die nach den Ereignissen von Ayodhya im Dezember 1992 der Zentralregierung in Delhi unterstellt worden waren, kam es für alle beteiligten Parteien zu einigen Überraschungen. Während es der 'Congreß'-Partei gelang, Himachal Pradesh zurückzugewinnen, verlor sie Delhi an die 'Bharatiya Janata Party' (BJP), die mit Madan Lal Khurana dort den neuen Chief Minister stellen wird. In Uttar Pradesh reklamieren sowohl die BJP als auch das Bündnis zwischen 'Samajwadi Party' (SP) und 'Bahujan Samaj Party' (BSP) den Wahlsieg für sich und wollen jeweils die neue Regierung stellen. In Rajasthan bemühen sich sowohl die 'Congreß'-Partei als auch die BJP um Unterstützung zur Regierungsbildung, da beide nicht über die dazu notwendige Mehrheit verfügen. In Madhya Pradesh ist der 'Congreß' als stärkste Partei hervorgegangen.

Polizei schießt auf Narmada-Gegner

Eine Person wurde getötet und zwei weitere schwerverletzt, als die Polizei das Feuer auf demonstrierende 'Tribals' eröffnete, die gegen das von der Regierung eingesetzte Team zur Überprüfung der Dammbauten protestierten. Nach Polizeiangaben hatten die Demonstranten durch Steinwürfe 23 Mitglieder des Teams verletzt, als dieses ein von Überflutung bedrohtes Dorf besichtigen wollte. Die Bewohner des Dorfes, so ein Sprecher der 'Narmada Bachao Andolan' wehrten sich gegen den Besuch des Teams, weil sie darin die Vorbereitung zu ihrer Vertreibung sahen.

Krise um Hazratbal Moschee beendet

Nach mehr als dreißigtägiger Belagerung durch Einheiten der indischen Armee haben die 'Besetzer' der Hazratbal-Moschee in Kaschmir sich den Sicherheitskräften gestellt. Ihre Bedingung, von der Polizei und nicht von der Armee oder der 'Border Security Force' in Gewahrsam genommen zu werden, wurde erfüllt. Nachdem die 'Besetzer' die Moschee verlassen hatten, entdeckten Polizeieinheiten nach eigenen Angaben auf deren Gelände unter anderem 16 Kalaschnikows, einen Raketenwerfer, mehrere Granaten und eine Pistole. Entgegen früheren Vermutungen waren nur zwei Pakistanis unter den Besetzern der Mo-

schee.

Die Krise um die Moschee begann Mitte Oktober, als die Regierung beschloß, die in der Moschee vermuteten 'Terroristen' (militants) aus dieser zu vertreiben. Eine beinahe 10.000 Mann umfassende Truppe von Armee-, Polizei- und paramilitärischen Einheiten umstellte am 15. Oktober die Moschee, worauf die Eingeschlossenen damit drohten, die dort aufbewahrte Reliquie zu zerstören, bei der es sich um ein Barthaar des Propheten Mohammed handeln soll.

Damit verfügten sie über einen Trumpf, der die Regierung handlungsunfähig machte und verhinderte, daß die

Moschee geräumt werden konnte. Wie wichtig die Reliquie für die Bewohner Kaschmirs ist hat sich 1963 gezeigt, als Millionen von Kaschmiris die Straßen von Srinagar blockierten, bis die verschwundene Reliquie wieder aufgetaucht war.

Die Belagerung der Moschee, die international mehr Aufsehen erregt hatte, als alle Menschenrechtsverletzungen der letzten Jahre, wurde in den Augen der indischen Öffentlichkeit zu einer Farce, als die Regierung beschloß, die Eingeschlossenen mit Lebensmitteln zu versorgen, während die Armee darauf hoffte, sie aushungern zu können.

Das die Krise nicht schon viel eher



Wahlkampf in Gujarat (Foto: Gopal Sunger)

beendet wurde liegt wohl vor allem daran, daß die Regierung angesichts der bevorstehenden Wahlen in den vormals BJP-regierten Bundesstaaten Entschlossenheit gegenüber islamischen 'Terroristen' zeigen wollte.

Das überraschende Ende der Krise kam in der Nacht vom 15. zum 16. November, als die eingeschlossenen 'Terroristen' begannen, die Moschee zu verlassen.

Als letzter ergab sich Mahammed Idris, militärischer Berater und 'Geheimdienstchef' der 'Jammu und Kaschmir Befreiungsfront' (JKLF). Die 'Militants', so verlaute aus Regierungskreisen, hätten sich freiwillig den Sicherheitskräften gestellt und würden entsprechend der gesetzlichen Regelungen behandelt und verurteilt (zu Kaschmir siehe auch Beitrag in dieser Ausgabe).

Anklageschrift gegen BJP-Führer

Das 'Central Bureau of Investigation' hat knapp neun Monate nach der Zerstörung der Babri-Moschee in Ayodhya eine Anklageschrift vorgelegt, in der etwa 40 führende Mitglieder der 'Bharatiya Janata Party' (BJP), der 'Shiv Sena' und anderer hindu-chauvinistischer Parteien und Gruppierungen für die Zerstörung der Moschee verantwortlich gemacht werden.

Zu den Beschuldigten gehören unter anderem der Vorsitzende der BJP, L.K. Advani sowie M.M. Joshi, Kalyan Singh, der ehemalige Chief-Minister von Uttar Pradesh, Uma Bharati, Bal Tha und andere bedeutende Vertreter der sogenannten 'Sangh Parivar'.

Die 80 Seiten umfassende Anklageschrift wirft den Beschuldigten kriminelle Verschwörung, Zerstörung und Entweihung eines 'Ortes der Anbetung' (Place of worship), Förderung von religiösen Feindseligkeiten, Verletzung religiöser Gefühle, Hausfriedensbruch und Bedrohung von Polizisten vor.

Das CBI gibt an, über eindeutige Beweise zu verfügen. Sie belegten, daß die Zerstörung der Moschee nach langen sorgfältigen und konspirativen Planungen erfolgt sei. In der Anklageschrift heißt es: "Das Beweismaterial beruht auf einer sehr großen Anzahl von Zeugenaussagen, Mitschriften von öffentlichen Reden, die auf Audio- oder Videoband festgehalten wurden, sowie auf veröffentlichten Schriften und Dokumenten, die bei Hausdurchsuchungen sichergestellt worden sind."

Die Untersuchungsbeamten sind davon überzeugt, daß die eigentliche Zerstörung der Moschee von Aktivisten der 'Shiv Sena' und der 'Bajrang Dal' ausgeführt wurde. Zuvor habe es eine Vielzahl von Treffen zwischen den Spitzen der BJP, der 'Vishwa Hindu Parishad'

(VHP) und der 'Shiv Sena' gegeben. Die Anklageschrift enthält eine lange Liste mit den Daten und den Orten dieser Treffen.

Das letzte dieser Treffen habe noch am 5. Dezember 1992, einen Tag vor der Zerstörung der Moschee, stattgefunden. Dabei seien noch einmal die Einzelheiten des Plans zur Zerstörung der Moschee diskutiert worden.

L.K. Advani wird beschuldigt, am Tag der Zerstörung die 'Demonstranten' aufgefordert zu haben, die anwesenden Sicherheitskräfte daran zu hindern, das Gelände der Moschee zu betreten. Kalyan Singh wird vorgeworfen, in seiner damaligen Eigenschaft als Ministerpräsident (Chief-Minister) des Bundesstaates Uttar Pradesh die Sicherheitsvorkehrungen zum Schutz der Moschee kurz vor der angekündigten Demonstration geschwächt zu haben, indem er einen Teil der Sicherheitskräfte abziehen und die um das Gelände errichteten Barrikaden beseitigen ließ.

Mit der Übergabe der Anklageschrift an einen Gerichtshof in Lucknow ist die Zerstörung der Moschee nun eine Angelegenheit für die Richter. Angesichts der in der zweiten Novemberhälfte stattgefundenen Parlamentswahlen in den vier nördlichen Bundesstaaten, die nach den Ereignissen von Ayodhya unter Zentralverwaltung gestellt worden waren, bleibt abzuwarten, welche Auswirkungen die Veröffentlichung dieser Anklageschrift haben wird.

Tata und Mercedes

Wenige Monate, nachdem der Vorsitzende von 'Tata sons', Ratan Tata, die indische Autoindustrie aufgefordert hatte, ihre Energien zu bündeln und gemeinsam ein 'nationales Auto' von 'internationaler Qualität' zu produzieren, hat Tata einen Vertrag mit Mercedes Benz geschlossen. Darin wird festgelegt, jährlich 20.000 der deutschen Luxuslimousinen in Indien zu produzieren. Etwa die Hälfte davon sollen in den Export gehen.

Hochrangige Repräsentanten der Tata-Gruppe weigerten sich, die Verbindung zwischen den beiden Unternehmen zu bestätigen, kündigten aber eine baldige offizielle Stellungnahme an. Die Verhandlungen mit einem Team von Mercedes seien in einem sehr fortgeschrittenen Stadium, so die Tata-Vertreter.

Nachdem die indische Autoindustrie im Rahmen der neuen Wirtschaftspolitik 'liberalisiert' worden ist, ist dies eine der wenigen Verbindungen zwischen einem indischen und einem ausländischen Autohersteller, die über das Reißbrett hinausgehen. K.K. Birlas 'Hindustan Motors' hat angekündigt, Personenwagen in Zusammenarbeit mit 'General

Motors' herzustellen. Dagegen hat noch kein japanisches Unternehmen seit der Liberalisierung der indischen Automobilindustrie Interesse an einer solchen Verbindung gezeigt.

Zwangsumsiedlung in Bombay

Subhash Nagar ist eine kleine Siedlung in Bombay, die seit 1976 existiert und aus 71 Haushalten besteht. Ihre Bewohner gehören ursprünglich zu einem der nomadischen Stämme (nomadic tribes) und verdienen heute ihren Lebensunterhalt als Tagelöhner. 65 der 71 Haushalte sind in den Wählerlisten registriert und 66 Haushalte sind als Bewohner (Residents) des Viertels offiziell anerkannt. Drei der Familien erhalten Zuschüsse im Rahmen eines städtischen Programms zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation.

Vor wenigen Monaten begann auf Druck 'respektabler' Nachbarn die Stadtverwaltung mit Überlegungen, die Bewohner der Siedlung 'umzusiedeln'. An einem Morgen Anfang November erreichten diese 'Evakuierungspläne' einen ersten Höhepunkt, als ein Vertreter der Stadtverwaltung die Bewohner der Siedlung zusammenrief und aufforderte, in bereitstehende LKWs einzusteigen. Die LKWs waren von der Stadtverwaltung gemietet worden und sollten die betroffenen Familien angeblich zu einem Ersatzort für ihre Siedlung bringen.

Doch nach einer kurzen Fahrt wurden sie in der Nähe einer Brücke aufgefordert, auszusteigen. Als sie merkten, daß sie betrogen werden sollten, weigerten sie sich, die LKWs zu verlassen. Erst als der Vertreter der Stadt nach 30 Stunden versprach, sie für wenigstens zwei weitere Monate in ihrer alten Siedlung wohnen zu lassen und sich in der Zeit um eine dauerhafte Lösung zu bemühen, waren sie bereit, die LKWs freizugeben.

Doch zwei Tage später wurden die Vertreter der Anwohner von der Polizei vorgeladen und die Auflösung ihrer Siedlung für Mitte November angekündigt. An diesem Tag wurden sie dann durch städtische Beamte aufgefordert, ihre Unterkünfte zu verlassen. Als sie sich weigerten, wurden mit Hilfe von etwa 200 Polizisten ihre wenigen Habseligkeiten beschlagnahmt und diejenigen, die sich dagegen zu wehren versuchten, regelrecht verprügelt. Etwa 20 Personen, vor allem Frauen, wurden festgenommen.

Bisher ist es der Stadtverwaltung nicht gelungen, den Betroffenen eine Alternative anzubieten. Dabei besitzt die Stadt genug freie Flächen, die aufgrund des 'Urban Land Ceiling and Regulation Act' und verschiedenen Wohnungsbauprogrammen für solche Maßnahmen zur Verfügung stehen würden.

Finanzprobleme für Großprojekte

Kurz vor den englischen Hauptnachrichten im indischen Staatsfernsehen 'Doordashan' flimmern Bilder einer von Dürre gezeichneten Landwirtschaft über den Bildschirm. Von Trockenrissen durchzogene, kahle Felder, über die barfüßige Menschen auf der Suche nach Wasser wandern werden von Bildern abgelöst, die die Lösung der Misere versprechen. Gezeigt wird eine Großbaustelle, die Wasser verspricht: es geht um die Dammbauten entlang des Narmada Flusses. Die Dürrelandschaft verwandelt sich nun in grüne Reisfelder, in denen gesunde, glückliche und vor allem gutaussehende Frauen fröhlich ihrer Feldarbeit nachgehen. Mit solchen Spots und dem Versprechen von Wasser im Überfluß für die Trockengebiete im 'Little Ran of Kutch' Gujarats werben die dortige Landesregierung und die 'Sardar Sarovar Nigam' in Zusammenarbeit mit der Zentralregierung im Namen von Fortschritt und Entwicklung für die Staudammbauten entlang der Narmada. Was allerdings zur Fertigstellung der äußerst umstrittenen Projekte fehlt ist das dafür nötige Geld. Seitdem die Regierung in Erwartung harter Bedingungen für Umsiedlungsmaßnahmen die Weltbankunterstützung für das Projekt abgelehnt hat, steht die Regierung vor ernsthaften Finanzierungsproblemen. Die Lösung soll nun die Ausgabe von festverzinslichen Wertbriefen bringen, wodurch das Projekt wenigstens teilfinanziert werden soll. Die Regierung plant die Ausgabe solcher Pfandbriefe in einem Gesamtwert von drei Milliarden Rupien (18 Rupien etwa 1 DM). 'Sardar Sarovar Nigam' bietet solche Wertbriefe zu einem Preis von 5.000 Rupien pro Stück und einem garantierten Jahreszins von 17,5 Prozent an.

Der Vorsitzende von 'Sardar Sarovar Nigam' ist zuversichtlich, daß diese Wertbriefe auch gezeichnet werden. "Von den hohen Erträgen abgesehen, werden die Einwohner Gujarats die Pfandbriefe kaufen, um die Infrastruktur des Staates zu verbessern".

Auch zur Unterstützung und Finanzierung eines weiteren Großprojektes wird die Öffentlichkeit um Hilfe gebeten. Seit Mitte November liegen Wertbriefe zur Finanzierung der Konkan-Eisenbahnlinie auf, die Investoren 10,5 Prozent steuerfreie Zinserträge für die 1.000 Rupien Wertbriefe verspricht. Die 760 Kilometer lange Konkan-Eisenbahnlinie soll Bombay mit Mangalore in Südkarnataka verbinden. Es wird damit geworben, daß das Projekt 1995 abgeschlossen sein soll und jede Verzögerung die Kosten in die Höhe treiben und die zu erwartenden Erträge aus den Wertpapieren sinken.

Mit der Ausgabe von Wertpapieren für

diese beiden Projekte schlägt die indische Regierung neue Wege zur Finanzierung großer und kostspieliger Infrastrukturmaßnahmen ein. Auch zur Finanzierung anderer Projekte, vor allem im Bereich Straßen- und Brückenbau, suchen verantwortliche Regierungstellen die Zusammenarbeit mit privaten Investoren. Im Gespräch sind hier unter anderem die Verbindung Worli-Bandra in Bombay (drei Milliarden Rupien) und der Bau der Mharani Bagh - Nodia Brücke in Delhi, der zwei Milliarden Rupien verschlingen soll. Wie schon bei der zweiten Brücke über den Hooghly in Kalkutta, sollen auch hier Gebühren für die Benutzung der betreffenden Straßen und Brücken erhoben werden.

Gewerkschafter ermordet

V.G. Gopal, der Präsident der 'Tata Arbeiter Gewerkschaft' (TWU) und Vize-Präsident des der 'Congress'-Partei nahestehenden Gewerkschaftsverbandes INTUC ('Indian National Trade Union Congress'), wurde Mitte Oktober von mehreren bisher nicht identifizierten Männern in Jamshedpur erschossen. Gopal war seit 16 Jahren Vorsitzender der TWU, in der mehr als 35.000 Arbeiter der 'Tata Iron and Steel Company' (TISCO) organisiert sind. 1917 geboren, wurde er 1936 Arbeiter bei TISCO, wo er schon bald gewerkschaftlich aktiv wurde. Aufgrund seiner anti-britischen Aktivitäten im Unabhängigkeitskampf wurde er 1942 verhaftet. Schon 1943 wurde er zum 'Assistant Secretary' der TWU und 1947 zu deren Generalsekretär gewählt. Er gab seine Stellung bei TISCO auf, um sich ganz der Gewerkschaftsarbeit zu widmen. Im Laufe seiner Tätigkeit für die TWU prägte er das Mitbestimmungssystem bei TISCO und beeinflusste als Präsident der Vereinigung indischer Metallarbeiter eine Vielzahl weiterer Gewerkschaften. Zum Zeitpunkt seiner Ermordung war er Präsident von insgesamt 20 Einzelgewerkschaften.

Polizei und Gewerkschaftsfreunde vermuten hinter seiner Ermordung innergewerkschaftliche Auseinandersetzungen. Diese Konflikte brachen im Vorfeld der bevorstehenden Wahlen einer neuen Leitung der TWU auf. Gopals Gegner versuchten über eine Gerichtsentscheidung eine Satzungsänderung der TWU durchzusetzen und damit die Wahlen zu verschieben. Freunde Gopals berichteten der Polizei, dieser habe am Tage seiner Ermordung dem betreffenden Gerichtshof wichtige Dokumente übergeben wollen.

Gopal war niemals ein radikaler Gewerkschaftsführer. Er suchte immer wieder die Zusammenarbeit mit dem Management. "Harmonische industrielle

Beziehungen sind absolut notwendig, wenn wir die Lebensbedingungen unserer Arbeiter verbessern wollen", war der Leitgedanke seiner gewerkschaftlichen Arbeit, die den Arbeitern bei TISCO eine Reihe von Vorteilen im Bereich der Alters- und Gesundheitsversorgung und der Ausbildung ihrer Kinder einbrachte.

Bei Grün sieht die 'Shiv Sena' rot

"Die Eisenbahnverwaltung sollte sich darauf konzentrieren, ihren Service zu verbessern und nicht versuchen, einer Gemeinschaft zu gefallen, die sich zu Pakistan hingezogen fühlt". Dieses Zitat stammt aus einem Brief eines 'Shiv Sena' Vertreters aus Andheri an die 'Western Railways', nachdem diese einige Bahnhöfe - darunter Andheri - bei Renovierungsarbeiten hat grün anstreichen lassen. 'Shiv Sena' Chef Thackery gab sich ein wenig 'diplomatischer'. Als Künstler würde er niemals Einwände gegen eine Farbe erheben, "aber die Moslems protestieren ja auch gegen alles, was orange gestrichen ist." Die für die Malerarbeiten zuständige Werbeagentur hat inzwischen zugestimmt, das Grün ein wenig abzuschwächen und andere Farben in den Vordergrund treten zu lassen.

Adivasi Aktionsleitfaden

Von den weltweit etwa 250 Millionen Ureinwohnern leben etwa ein Drittel auf dem indischen Subkontinent. Wie fast überall auf der Welt ist auch in Indien das Überleben der Ureinwohner gefährdet. Industrielle Großprojekte, am bekanntesten der Staudammbau, und die Waldzerstörung vertreiben die Adivasi aus ihren angestammten Siedlungsräumen. Vor diesem Hintergrund führten 1993 mehrere europäische Organisationen eine Adivasi-Kampagne durch. Als ihren besonderen Beitrag zu der Kampagne gab die Indienhilfe in Herrsching bei München einen 64-seitigen Aktionsleitfaden heraus. Mit diesem Leitfaden werden erstmals die aktionsbezogenen Informationen zum Thema Adivasi den in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit Tätigen in einer Übersicht zugänglich gemacht. Dazu gehören eine kommentierte Literaturliste, Angaben zu Referentinnen, ein Veranstaltungs- und Ausstellungskalender, eine Übersicht über Medien und vieles andere mehr. Mit dem Aktionleitfaden wurde das Thema Adivasi für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit erstmals systematisch erschlossen. Auch für Personen, die sich lediglich näher informieren wollen, bietet der Leitfaden eine Fülle von Anregungen.

Der Leitfaden ist zu beziehen über: Durga Press (Verlag des Indienbüros), Luitpoldstr. 20, 82211 Herrsching, Preis: 15.- DM.